

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses I vom 10. Mai 2021

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 674 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zur Finanzierung der Gemeinden Jahre 2022 und 2023**

Einen Teil der Einkünfte der Gemeinden wird über die Einkommenssteuer finanziert.

Die dadurch erzielten Steuererträge könnten sich für die zu besteuerten Jahre 2020 und 2021 erheblich verringern, da viele Arbeitnehmer coronabedingt in Kurzarbeit sich befanden und dadurch weniger an besteuertbarer Lohnmasse erhielten.

Auch das Nachbarland Luxemburg überweist jährlich etwa 30 Millionen Euro an Belgien (Stand 2018).

Damit werden belgische Kommunen entschädigt, in denen verhältnismäßig viele Luxemburg-Pendler wohnen und die in ihrem Heimatland keine Einkommensteuer zahlen. Auch hier könnten dieser Betrag krisenbedingt nach unten angepasst werden.

Meine Fragen nun an Sie werter Herr Ministerpräsident:

- *Wie bewerten Sie diese Entwicklung?*
- *Sind Sie bereits von den ostbelgischen Bürgermeisterern auf diesen voraussehbaren Negativtrend angesprochen worden?*
- *Gibt es innerbelgisch bereits Studien, die diesen Aspekt der Minderung der Einnahmen der Kommunen in Betracht ziehen?*

- **Frage Nr. 675 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH bezüglich der belgischen Projekte im Rahmen des Europäischen Aufbau- und Resilienzplans (EU Recovery and Resilience Plan)**

Am Freitag, den 30. April 2021 hat der zuständige Staatssekretär Thomas Dermine den belgischen nationalen Aufbau- und Resilienzplan bei der EU-Kommission hinterlegt.

Darin enthalten sind auch Projekte der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zu deren Konzeption und Aufnahme in den nationalen Plan ich der Regierung an dieser Stelle ausdrücklich gratulieren möchte.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

Das rund 700 Seiten umfassende Dokument beschreibt neben zahlreichen Investitionsmaßnahmen auch 36 Reformprojekte, die für die Arbeit im Gebiet deutscher Sprache von Belang sein können.

Es stellt sich die Frage, inwieweit sich insbesondere die Projekte des Föderalstaates und der Wallonischen Region mit den eingereichten Projekten der Deutschsprachigen Gemeinschaft überschneiden und welche Auswirkungen diese möglichen Überschneidungen auf die Arbeit der Verantwortlichen im Gebiet deutscher Sprache haben könnten.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, folgende Fragen stellen:

- *Gibt es Projekte mit Auswirkungen auf das Gebiet deutscher Sprache?*
- *Bestehen Synergien zwischen diesen Projekten des Föderalstaates und der Wallonischen Region einerseits und den Projekten der Deutschsprachigen Gemeinschaft andererseits?*
- *Welche Auswirkungen haben diese 36 Reformprojekte auf die Arbeit der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft?*

• **Frage Nr. 676 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH zur allgemeinen Verwaltungsaufsicht der DG über die Hilfeleistungszone 6**

Im Jahresbericht 2019 zur Ausübung der ordentlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden durch die Regierung der DG ist festgehalten, dass das föderale Gesetz vom 15. Mai 2007 über die zivile Sicherheit den Handlungsspielraum bilde für die Ausübung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Hilfeleistungszone durch die DG. Diese von der Wallonischen Region übernommene Aufsicht beschränke sich im Wesentlichen auf die Prüfung der finanziellen Dokumente wie Haushalte, Haushaltsabänderungen und die Rechnungslegung.

Genau zu dieser Aufsichtsfrage verabschiedete das Wallonische Parlament am 28. April ein Dekret.

In den Erläuterungen zum hinterlegten Dekretentwurf führte der zuständige Minister aus, dass die regionale Aufsicht darin bestehen werde, alle Handlungen der Zonenbehörden zu überprüfen: auf den Respekt des allgemeinen Interesses und auf die Gesetzmässigkeit mit allen anderen Gesetzgebungen ausser dem föderalen Gesetz vom 15. Mai 2007 über die zivile Sicherheit. Er sieht diese neue Regelung als notwendige Ergänzung zur föderalen Aufsicht. So könne die regionale Aufsicht nun in Angelegenheiten wie Personalfragen und die Gesetzmässigkeit von Gehaltsbaremen eingreifen.

Das Dekret betrifft ausdrücklich nicht die Hilfeleistungszonen, die ausschliesslich aus Gemeinden des deutschen Sprachgebiets bestehen, also nicht unsere Hilfeleistungszone 6. Da aber Diskussionen im Gange sind, die Hilfeleistungszonen in der Provinz Lüttich zu stärken oder sogar zusammenzulegen, gibt es dennoch eine Brisanz.

- *Ist meine Annahme richtig, dass im Falle einer Erweiterung der HLZ 6 die Aufsicht von der Wallonischen Region wahrgenommen müsste?*
- *Inwieweit hat die DG selber, angesichts der Begründung der wallonischen Regierung zur Neuregelung ihrer eigenen regionalen Aufsicht, ihre Aufsicht über die eigene Hilfeleistungszone bisher nicht vollends wahrgenommen?*
- *Haben Sie zu diesen Fragen mit ihrem wallonischen Amtskollegen ausgetauscht?*

• **Frage Nr. 677 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zum Cyberangriff auf das staatliche Netzwerk Belnet**

Sowohl die nationalen als auch die hiesigen Medien berichteten in den jüngsten Tagen ausführlich über den bedeutenden Cyberangriff auf das Netzwerk des staatlichen Internetproviders Belnet, der für mehr als 200 Staatsdienste, Forschungszentren, Universitäten und Hochschulen tätig ist.

In diesem Zusammenhang war immer wieder von einem „beispiellosen“ Hackerangriff „nie gekanntes Ausmaßes“ zu lesen und zu hören.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Waren auch Einrichtungen oder Dienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft von diesem Cyberangriff betroffen?*
- *Falls ja, können Sie Angaben darüber machen, in welchem Maße die einzelnen Einrichtungen und Dienste der DG betroffen waren?*
- *Wird die Deutschsprachige Gemeinschaft diesen Cyberangriff zum Anlass nehmen, künftig noch stärker in ihre Cybersicherheit zu investieren?*